

Absender

**Fachbereich Jugend
und Soziales**

Drucksachen-Nr.

0144/2016/1

öffentlich

Antrag

der FDP-Fraktion

zur Sitzung:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 14.04.2016

Tagesordnungspunkt

Antrag der FDP-Fraktion vom 22.06.2016 zur Organisation einer Initiative zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Inhalt:

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vom 22.02.2016

Die FDP-Fraktion hat den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt.

Sachdarstellung:

Wie unter Tagesordnungspunkt 9 ersichtlich (siehe S. 3 des Jahresberichtes), hält die GL-Service gGmbH bereits seit vielen Jahren Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG vor. Die Stellen sind bei dem betroffenen Personenkreis sehr beliebt und von der Möglichkeit wird reger Gebrauch gemacht. Bis 2013 war es grundsätzlich möglich, jedem Asylsuchenden ein Arbeitsangebot zu unterbreiten. Durch die deutliche Zunahme der Flüchtlingszuweisungen ist dies derzeit nicht der Fall, da Kapazitäten in diesem Umfang derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Aus Sicht der Verwaltung hat die GL-Service gGmbH die notwendige Expertise, um sich im

Auftrag der Stadt weiterhin mit diesem Thema auseinander zu setzen und die Aufgabe zu übernehmen, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerbende zu schaffen. Derzeit liegt der Stadtverwaltung ein entsprechendes Angebot zur Ausweitung der Plätze für Arbeitsgelegenheiten der GL-Service gGmbH vor, welches geprüft wird. Gespräche über die Ausgestaltung werden geführt.

Weiterhin verfolgt die Verwaltung intensiv, inwieweit die bisherigen Verlautbarungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zusätzliche Mittel für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber bereitzustellen, tatsächlich umgesetzt werden, so dass diese Mittel auch in Bergisch Gladbach eingesetzt werden können. Hierzu sind weitere Gespräche mit der Arbeitsverwaltung erforderlich, um auch die dortige Bereitschaft bei Vorhandensein von Mitteln diese entsprechend zur Verfügung zu stellen, zu eruieren.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beauftragt die Verwaltung, mit der GL-Service gGmbH weitere Gespräche mit dem Ziel einer Erhöhung der Anzahl der Plätze für Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz oder vergleichbarer Plätze für die Heranführung von Menschen an den Arbeitsmarkt zu führen. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit Fördermittel z. B. der Arbeitsverwaltung abgerufen werden können.

Der Ausschuss ist über den Fortgang der Gespräche zu informieren.

Sofern für die Schaffung von weiteren Arbeitsgelegenheiten städtische Finanzmittel eingesetzt werden müssen, sind hierfür entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien einzuholen.